

Diskussionspapier



Rechte der Natur

Eine Herausforderung
des Verhältnisses ‚Mensch-Natur‘?

Überblick

über eine laufende Debatte

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

Impressum

Herausgeber

Bischöfliches Hilfswerk
Misereor e. V.
Aachen, April 2023

Mozartstraße 9
52064 Aachen
Telefon: 0241 442 - 0
Telefax: 0241 442 - 188
E-Mail: postmaster@misereor.de
Homepage: www.misereor.de

Redaktion

Constantin Bittner, Daniel Boston,
Fabian Scholtes, Steffen Ulrich
v.i.S.d.P Kathrin Schroeder

Grafische Gestaltung

Anja Hammers

Titelfoto

Kopp/Misereor

Was sind Rechte der Natur?

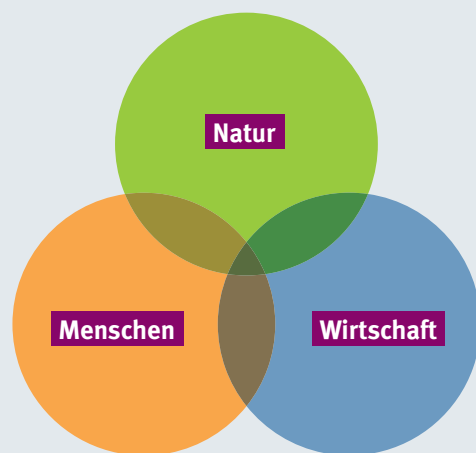
Die meisten Rechtsordnungen verstehen die Natur als Objekt, anders als Menschen und Unternehmen, die Rechtssubjekte sind. Das Umweltrecht soll das Objekt ‚Natur‘ vor Gefährdung schützen. Viele kritisieren jedoch, dass sich die Zerstörung der Natur durch die Regelungen des heutigen Umweltrechts nicht vermeiden lassen. Die Idee der Rechte der Natur will das ändern. Die Natur soll gesetzlich als Rechtssubjekt anerkannt werden und Rechte erhalten, die sich auch gerichtlich einfordern, einklagen und durchsetzen lassen.

Vertreter*innen der Idee von Rechten der Natur, darunter auch Misereor-Partnerorganisationen, sehen dieses Umdenken als notwendigen Schritt an, um dem Kampf gegen Klimawandel und der Zerstörung der Umwelt und Artenvielfalt auch eine gesicherte juristische Basis zu geben. Die Idee von Rechten der Natur ist dabei mehr als nur „Juristerei“. Sie ist Teil eines breiten sozial-ökologischen Wandels, der neu bestimmt, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen und welche Rolle Menschen in der Natur zukommt. Denn für Vertreter*innen der Idee ist klar: Menschen sind Teil der Natur. Dieser Wandel zielt daher notwendig auf die gesamte Gesellschaft ab und fußt auf einem Nachhaltigkeitsverständnis, in dem die umfassende Erhaltung der Schöpfung Grundlage für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung ist. Dieses Positionspapier skizziert die Debatte um Rechte der Natur und stellt einige positive und kritische Stimmen dar.

Nachhaltigkeit neu verstehen

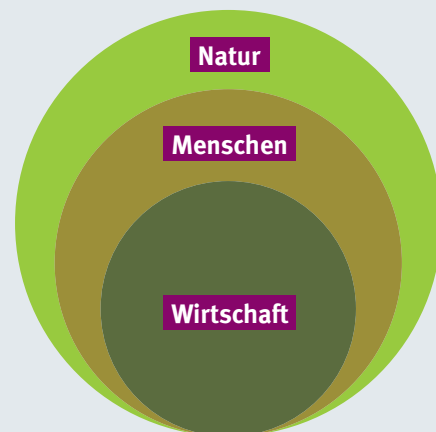
Die Idee der Rechte der Natur fordert somit unser Verständnis von Nachhaltigkeit heraus. Die Schnittfläche aller drei Kreise des ersten Schaubilds spiegelt das derzeitig vorherrschende Nachhaltigkeitsverständnis wider. Dieses wird aber nicht nur von Vertreter*innen von Rechten der Natur als stark unzureichend angesehen. Lange wurden Menschen, unsere Wirtschaft und die Natur als größtenteils voneinander losgelöste Räume verstanden, so dass nur in einem sehr begrenz-

Heute dominierendes Nachhaltigkeitsmodell



Nachhaltigkeitsmodell

aus Sicht von Rechten der Natur¹:



¹ Craig M. Kauffman, Pamela L. Martin: The Politics of Rights of Nature: Strategies for Building a More Sustainable Future, 2021



In Spanien wurden der Lagune Mar Menor als erstem Ökosystem Europas Rechte gesetzlich zuerkannt.

ten Überlappungsbereich Konflikte zwischen Natur, Menschen und Wirtschaft wahrgenommen werden.

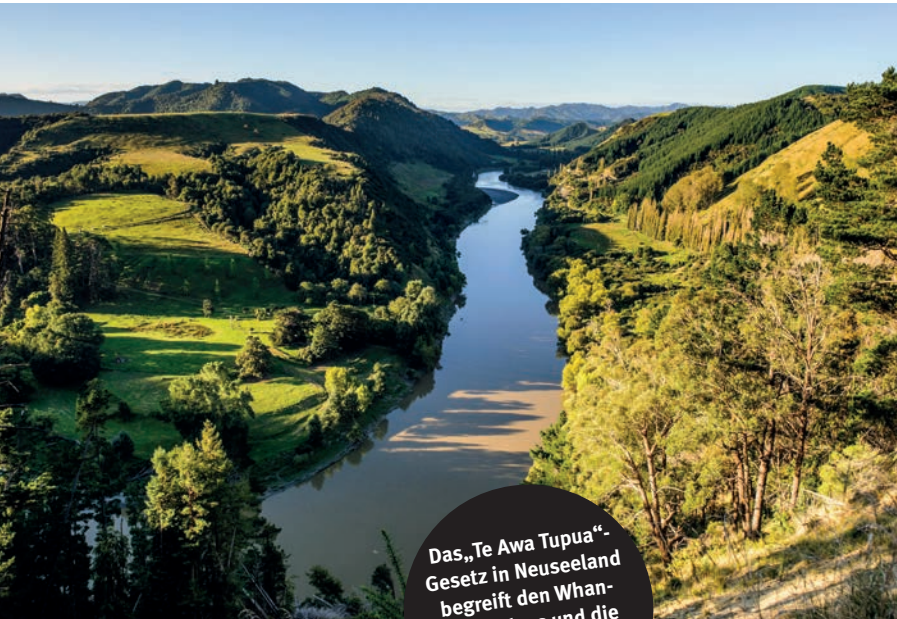
Nimmt man jedoch an, dass Wirtschaft den Menschen dient und dass Menschen (und damit Wirtschaft) nur im Rahmen der Natur langfristig existieren können, so folgt daraus ein anderes Modell, in dem diese Räume ineinander eingebettet und hierarchisch angeordnet sind. Wirtschaft kann nur in einer funktionierenden Gesellschaft langfristig bestehen und beide sind nur möglich, solange ihre natürlichen Grundlagen intakt sind.

Die Geschichte der Rechte der Natur

Die Idee von Rechten der Natur hat vielfältige Ursprünge. Sie geht auf westliche Naturphilosophien wie auch auf indigene Weltansichten zurück, beispielsweise auf Vorstellungen des guten Lebens (Sumak Kawsay,

meist bekannt als Buen Vivir) aus dem Andenraum. Als ein wichtiger Startpunkt der gegenwärtigen Debatte über Rechte der Natur als rechtlicher Ansatz gilt der 1972 veröffentlichte Artikel „Do trees have standing?“ des amerikanischen Juristen Christopher Stone. Darin sprach sich Stone für die Rechte von Bäumen aus.²

Im Jahr 2008 fanden Rechte der Natur in Ecuador erstmals Eingang in die Verfassung eines Landes. Dies ist nicht zuletzt auf den Einsatz der Zivilgesellschaft zurückzuführen. Fundación Pachamama, eine Nichtregierungsorganisation, sowie Vertreter*innen der ecuadorianischen Umweltbewegung und Aktivist*innen für Indigenenrechte waren entscheidend für die Aufnahme von Rechten der Natur in die Verfassung. Unterstützung erhielten sie unter anderem vom Community Environmental Legal Defense Fund (CELDF). Diese Organisation setzte sich maßgeblich in den USA für Rechte der Natur ein und war damals bereits Teil eines sich formierenden internationalen Netzwerks, das Anfang der 2000er Jahre begann, wegberaubende Konferenzen zu organisieren. Seitdem ist die Zahl der lokal, national und international tätigen Vertreter*innen wie der



Das „Te Awa Tupua“-Gesetz in Neuseeland begreift den Whanganui-Fluss und die Māori als Teile einer Gemeinschaft.

Foto: dpa picture-alliance (li.), Nico De Pasquale via Getty Images (o.), Kopp/Misereor (re.)



Global Alliance for the Rights of Nature (GARN) stetig gewachsen. Die Debatte um Rechte der Natur findet zudem auf verschiedenen Ebenen statt. Die Vereinten Nationen ernannten 2009 den 22. April zum „Internationalen Tag der Mutter Erde“ und schufen die „Harmony with Nature“-Plattform, ein Netzwerk von Praktiker*innen, Akademiker*innen und Forscher*innen, das die Verbreitung einer ökozentrischen Weltsicht und von Ansätzen wie Rechten der Natur vorantreibt.³

Wo Rechte der Natur Gesetz sind

Die erste Rechtsvorschrift, die Rechte der Natur enthielt, wurde 2006 in der Gemeinde Tamaqua Borough im US-Bundesstaat Pennsylvania erlassen. Die Gemeinde berief sich auf Rechte der Natur, um die Entsorgung giftigen Klärschlammes zu verbieten. Im Jahr 2008 nahm Ecuador Rechte der Natur in die Verfassung auf. Kurz darauf folgte 2010 Bolivien. Seitdem hat die Zahl der Länder, Gesetze und Gerichtsentscheidungen, in denen Rechte der Natur verankert sind, stark zugenommen. Hierbei zeigt sich große Vielfalt sowohl in der rechtlichen Form als auch darin, was unter Natur verstanden wird bzw. welche Rechte welcher Natur anerkannt werden. Verankerung und Form der Rechte reichen von Bestimmungen auf lokaler Ebene, wie in den USA, über nationale Gesetze in Neuseeland und Uganda, bis hin zu Verfassungsgesetzen in Ecuador und Bolivien. Auch der Geltungsbereich der Rechte unterscheidet sich je nach Land. Während Ecuador und Bolivien die Rechte von „Mutter Erde“ (pacha mama) adressieren, sind es in Kolumbien,



„Im Wald ist alles miteinander verbunden“, sagt der ecuadorianische Filmemacher Eriberto Gualinga.

Neuseeland und Indien einzelne Flüsse oder Wälder. In Bangladesch wiederum wurden sämtlichen Flüssen des Landes Rechte zugesprochen.

Heute existieren weltweit mehr als 200 „Rechte der Natur“-Rechtsvorschriften und Richtlinien in 30 Ländern auf allen Kontinenten außer der Antarktis.⁴ Auch in Europa entstehen mehr und mehr Kampagnen und Initiativen (zum Beispiel Rechtsgutachten) für Rechte der Natur. Im April 2022 erhielt die Lagune Mar Menor in Spanien schließlich als erstes Ökosystem in Europa Rechte.

2 Christopher D. Stone: Should Trees Have Standing? – Toward Legal Rights for Natural Objects, 1972

3 <http://www.harmonywithnatureun.org/welcome/> (11.10.2022)

4 Kauffman, Craig, Shrishtee Bajpai, Kelsey Leonard, Elizabeth Macpherson, Pamela Martin, Alessandro Pelizzon, Alex Putzer, and Linda Sheehan. Eco Jurisprudence Tracker. V1. 2022. Distributed by the Eco Jurisprudence Monitor. <https://eco-jurisprudence.org>. (zuletzt eingesehen: 10.10.2022); Harmony With Nature – Law List (harmonywithnatureun.org) (11.10.2022)

Die vielfältigen Gründe für Rechte der Natur

In Anbetracht der Vielzahl von Ländern und Initiativen überrascht nicht, dass es teils große Unterschiede zwischen dem jeweiligen Verständnis, Begründung und der Verwendung von Rechten der Natur gibt. Zugleich zeigen sich jedoch Gemeinsamkeiten in der Argumentation über Ländergrenzen hinweg.

Philosophisch-theologische Begründung

Eine erste Strömung leitet Rechte der Natur philosophisch-theologisch her. Zu den Grundgedanken gehören, dass Rechte der Natur, so wie die Menschenrechte, aus der Existenz der Natur an sich erwachsen. Der Wert der Natur beschränkt sich daher nicht auf ihren Nutzwert für Menschen, sondern ist davon unabhängig. Laut dem Philosophen und Theologen Thomas Berry ist das Universum als Zusammenkunft von Sub-

jekten, nicht als Ansammlung von Objekten zu verstehen.⁵ Dieses Weltbild findet sich vergleichbar in dem indigenen Konzept Pachamama und in der 2015 veröffentlichten Enzyklika *Laudato si'*, die sich der „Sorge für das gemeinsame Haus“ widmet. In ihr spricht sich Papst Franziskus für eine Abkehr vom Anthropozentrismus aus. Statt als „Herr[en]“ des Universums dürfen sich die Menschen lediglich als deren verantwortliche Verwaltende verstehen. Die Menschen müssen die Erde in ihrer ökologischen Funktions- und Regenerationsfähigkeit, das heißt in ihrer Eigenschaft als gemeinsames Haus erhalten, statt sie auszubeuten.⁶

Menschliche und nichtmenschliche Subjekte leben hiernach in einem gemeinschaftlichen Verhältnis; die Trennung zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Interessen geht fehl. Diesem Verständnis soll über Rechte der Natur Ausdruck verliehen werden. Befürworter*innen verstehen dies als Teil einer historischen Ausweitung von Rechten, in der zuvor rechtlose Gruppen wie Sklaven und Frauen diese erlangen.

„Gottes Schöpfung
bewahren – damit
alle leben können“.
Aktionsplakat der
Misereor-Fasten-
aktion 2010.



Eine Studentin demonstriert vor dem Reichstag für zukunftsfähige Empfehlungen der Kohlekommission.

Foto: Odd Andersen via Getty Images

Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit

Das Wohlergehen aller Lebewesen – und damit auch aller Menschen – ist von einer gesunden und intakten Natur abhängig. Unsere Art zu Wirtschaften und unser Rechtsverständnis erkennen die Grenzen unseres Planeten aber nicht zur Genüge an. Stattdessen wird die Natur weiterhin scheinbar grenzenlos dem Menschen nutzbar gemacht. Zugleich zeigt sich, dass die Ausbeutung der Natur und daraus erwachsende Profite extrem

ungleich verteilt sind. Ökologische Zerstörung hängt somit global direkt mit Leid und Ungerechtigkeit zusammen und schränkt auch die Rechte zukünftiger Generationen ein. Schutz der Menschen ist letztlich vom Schutz der Natur abhängig. Für Vertreter*innen der Idee von Rechten der Natur folgt daraus, dass Rechte der Natur ein notwendiger Schritt hin zu einem sozial-ökologischen Wandel sind, der mit der Natur auch die Armgemachten und zukünftige Generationen schützt.

Politisch-Strategisch

Die Fälle Ecuador, Neuseeland und die Philippinen zeigen, wie marginalisierte Gruppen mit den Rechten der Natur arbeiten, um ihre eigene Position zu stärken. Diese Beispiele verweisen auf das politisch-strategische Potenzial von Rechten der Natur. Das bedeutet, dass der Einsatz für Rechte der Natur von weiteren Ziel-

Dekolonialisierung

Ein Argument für Rechte der Natur ist, dass diese sich unmittelbar von nichtwestlichen/indigenen Weltansichten ableiten. Hieraus erwachse ein dekoloniales Potenzial: Nichtwestlichen Weltansichten könne über Rechte der Natur als Vehikel in postkolonialen Rechtssystemen bzw. in staatlich strukturierten Gesellschaften Aufmerksamkeit, Verständnis oder Geltung verschafft werden. Das Ziel hiervon ist die Überwindung des Anthropozentrismus westlichen Gedankenguts sowie die Dominanz westlichen Denkens. Zusätzlich hierzu erlaubt es Minderheiten, insbesondere Indigenen als Träger*innen nichtwestlichen Gedankenguts mittels Rechten der Natur eine prominente Rolle als politische Akteur*innen einzunehmen. Als Beispiel hierfür lässt sich auf die bedeutende Rolle der Indigenenbewegung in Ecuador verweisen, die großen Einfluss auf die Formulierung und Einbindung von Rechten der Natur in die ecuadorianische Verfassung hatte. Auch in Neuseeland, wo im Jahr 2014 und 2017 zwei Gesetze für Rechte der Natur erlassen wurden, kam den indigenen Maori sowohl inhaltlich als auch politisch eine Schlüsselrolle zu.

5 Thomas Berry, Mary Evelyn Tucker: *Evening Thoughts: Reflecting on Earth as Sacred Community*, 2006

6 Papst Franziskus: *Laudato si'*, 2015



Unterricht
zu ökologischer Land-
wirtschaft der Escola
Familia Agrícola de
Capinzal do Norte
(EFAC).

vorstellungen begleitet wird. In Ecuador erlauben Rechte der Natur breite gesellschaftliche Mobilisierung und stärken die politische Position der Indigenen. Im Fall Neuseelands bot sich über Rechte der Natur eine Möglichkeit, lang schwelende Konflikte zwischen den Ansprüchen der Krone und den Ansprüchen der Maori, die bis auf das Jahr 1824 zurückgehen, gütlich beizulegen.

In den Philippinen birgt das Engagement für Rechte der Natur deutlich geringere Risiken für Leib und Leben als andere Aktivismenformen wie der Einsatz gegen zerstörerischen Bergbau.

Was passiert bei uns in Deutschland

Auch in Deutschland existieren mehrere Initiativen, die auf die Etablierung von Rechten der Natur abzielen. Beispielhaft hierfür ist die Initiative Grundgesetzreform vom Netzwerk Rechte der Natur, einem Zusammenschluss von Jurist*innen, Wissenschaftler*innen und Organisationen.⁷ Trotz einzelner Bezüge zu internationalen Diskursen um Rechte der Natur ist die deutsche Debatte primär juristisch.

Das Umweltrecht wurde in Deutschland wie auch in den meisten anderen Ländern in den letzten Jahrzehnten stetig erweitert. Die Gefährdung der Umwelt soll durch regelmäßig angepasste Auflagen minimiert werden. Trotzdem schreitet die Zerstörung der Natur und der Artenvielfalt voran.⁸ Häufig heißt es, dass die bestehenden Gesetze ausreichend seien und lediglich ihre Umsetzung Defizite aufweise. Vertreter*innen von Rechten der Natur argumentieren jedoch, dass die Probleme des gesetzlichen Schutzes der Umwelt nicht allein bei der Umsetzung liegen. Bestehendes Umweltrecht wird vornehmlich als Eingriff in (wirtschaftliche) Grundrechte verstanden und der Schutz der Natur wird primär mit ihrem Wert für die Menschen begründet. Die ungleiche gerichtliche Durchsetzbarkeit von ökologischen gegenüber sozialen und wirtschaftlichen In-

teressen ist die Folge. Für die nachhaltige Entwicklung der Menschheit und ihres Wirtschaftens müsse jedoch „juristische Waffengleichheit“ bestehen.⁹ In anderen Worten: Rechte der Natur müssen vor Gericht gleichermaßen durchsetzbar werden.

Die Anerkennung von Eigenrechten der Natur könnte demgegenüber zu einer Umkehr der Rechtfertigungslast beitragen.¹⁰ Umweltschädliche Aktivitäten wären dann grundsätzlich zu rechtfertigen. Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), etwa im Kontext von Großprojekten, gehen zwar in die richtige Richtung, doch müssten solche Prüfungen erstens umfassender erfolgen und sich zweitens nicht nur auf (wirtschaftlichen) Nutzen der Umwelt für Menschen beziehen. Das würde die Position von ökologischen gegenüber wirtschaftlichen Interessen stärken, was wiederum zu einem Ausgleich der Durchsetzbarkeit menschlicher und nicht-menschlicher Interessen beiträgt. Die Klagemöglichkeiten zugunsten von Natur würden vergrößert, was dann auch die Umsetzung bestehenden Umweltrechts stärken kann.

7 <https://www.rechte-der-natur.de/de/das-netzwerk.html> (10.10.2022)

8 Busse, Tanja: Das Sterben der anderen: wie wir die biologische Vielfalt noch retten können, 2019

9 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt/> (11.10.2022)

10 Andreas Buser, Hermann E. Ott: Zur Ökologisierung des Rechts: Rechte der Natur als Paradigmenwechsel. In: Frank Adloff, Tanja Busse (Hg.): Welche Rechte braucht die Natur? Wege aus dem Artensterben, 2021

Welche Entwicklung werden Rechte der Natur nehmen

Angesichts der Vielzahl an Initiativen und der Vielfalt an Begründungsstrategien und Verknüpfungen mit anderen politischen Fragen ist es schwierig, von *den* Rechten der Natur zu sprechen. Vielmehr sind Rechte der Natur eine Sammlung von Kernprinzipien und -facetten, die je nach Kontext unterschiedlich ausgestaltet und in bestehende Debatten und Arbeitsansätze eingebettet werden.

Zugleich zeigen sich in der internationalen Debatte eine Reihe ernstzunehmender Herausforderungen für die Idee. Besonders kontrovers werden das dekoloniale und das politische Potenzial von Rechten der Natur diskutiert.

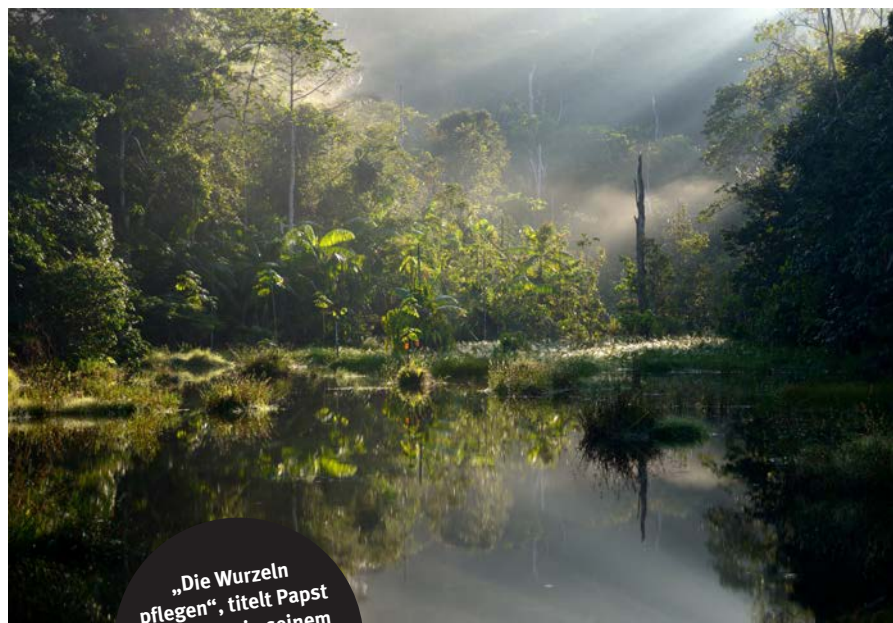
Kritische Stimmen sagen, dass die Darstellung von Rechten der Natur als unmittelbare Übersetzung indigener Weltansichten diesen sowie ihrer Vielfalt nicht gerecht werde und schlimmstenfalls eine koloniale Aneignung derselben zur Legitimierung der eigenen Position sei. Hierbei drücken sie ein nicht-westliches Verständnis vom Mensch-Natur-Verhältnis durch die formale Verrechtlichung doch wieder eine eurozentrische Sicht auf, in welcher der Staat über den Umgang mit Natur entscheidet.

Während also Befürworter*innen darauf verweisen, dass die Übersetzung indigener Weltansichten mittels der Rechte der Natur in die breitere Gesellschaft hilft, den Eurozentrismus zu überwinden, betonen Kritiker*innen Kontinuitäten westlicher Dominanz, die damit einhergehen können.

Es bestehen zudem offene Fragen bezüglich der Implementierung von Rechten der Natur. Wer die Natur vertritt, unterscheidet sich je nach Gerichtsbarkeit und reicht von Regierungsbehörden bis zur gesamten Bevölkerung. Zudem sind Rechte der Natur mit den Herausforderungen ungleichen Zugangs zu Gericht infolge bestehender Machtverhältnisse konfrontiert.

Auch das Verhältnis zwischen Rechten der Natur und Menschenrechten wird kontrovers diskutiert.

Die Idee der Rechte der Natur fordert ein Neuverständnis des Mensch-Natur-Verhältnisses und verabschiedet radikal die Idee, dass die Menschen das Maß aller Dinge seien. Sie gehört zu einer Reihe von Ansätzen, die auf sozial-ökologische Gerechtigkeit und eine Transformation bestehender Verhältnisse abzielen. Es bestehen Synergien mit alternativen Weltansichten wie dem erwähnten *Buen Vivir*, mit Wachstumskritiken, die auf eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft abzielen und mit theologischen Ansätzen, wie ihn etwa Papst Franziskus in „*Querida Amazonia*“ formuliert. Diese stellen ebenfalls auf die fundamentale Einbettung des Menschen in die Natur ab und können zur Überwindung eines instrumentell-anthropozentrischen und zutiefst kolonialen Umgangs mit der Schöpfung beitragen. Welche Rolle Rechte der Natur bei der Transformation einnehmen, entscheidet sich auch im Zusammenspiel mit diesen.



„Die Wurzeln pflegen“, titelt Papst Franziskus in seinem Nachsynodalen Schreiben „Querida Amazonia“.



Der Klimawandel lässt die Häufigkeit und zerstörerische Intensität der Taifune in den Philippinen zunehmen.

Das sagen unsere Partnerorganisationen



„Für uns ist klar: Wir können die Menschenrechte nur schützen, wenn wir der Natur ihre Rechte geben. Wir tragen daher die Rechte der Natur in die Mitte der Gesellschaft. Unsere Kampagne startete mit landesweiten Umweltmärschen, anschließend übergaben wir mehr als eine Millionen Unterschriften an das Umweltministerium. Seitdem haben wir auf nationaler und lokaler Ebene Gesetzesentwürfe übergeben.“



Yolanda Esguerra
Philippine Misereor
Partnership Inc. (PMPi),
Philippinen

Fotos: Schwarbach/Misereor (o.), PMPi (li.), Daniela Borja (Mi.), Friedrich/Misereor (re.)



Pablo Solón
Fundación Solón,
Bolivien



„Wir veranstalten Workshops für Richter*innen, in denen wir sie in der Anwendung der Rechte der Natur schulen. Wir arbeiten weiterhin daran, Parlamentarier*innen aus Lateinamerika und der EU für einen Austausch über die Rechte der Natur zusammenzubringen.“

Javier Carrera
Netzwerk Guardianes
de Semillas,
Ecuador



„Dank einer jahrzehntelangen Mobilisierung der Zivilgesellschaft, angetrieben durch soziale Bewegungen und indigene Gemeinden, war Ecuador das erste Land, das die Rechte der Natur in seine Verfassung aufnahm. Heute integrieren immer mehr Organisationen und Gemeinden die Rechte der Natur in ihre Forderungen und Botschaften. Eine tragende Rolle bei der Verteidigung der Mutter Erde tragen vor allem kleinbäuerliche, indigene und afroecuadorianische Gemeinden sowie Frauen.“

